



päplichen Landes Frieden brüchig. Ich habe verlußt, die französische Nation von der Aufrichtigkeit von Deutschlands Wunsch nach einem dauernden Frieden zu überzeugen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten Europas führte der Kanzler auf folgende Ursachen zurück:

1. Heberindustrialisierung der kleinen neuen Staaten; 2. Rückgang der Kaufkraft in China und Indien; 3. übertriebene Jolltarife in der ganzen Welt und 4. künstliche Leitung des Flusses der Zahlungen infolge von Deutschlands Reparationsverpflichtungen.

Wenn man die Wege zu allgemein besseren Bedingungen unterlasse, dann könne man sehr häufig freilich gegen den Friedensvertrag. Den Kommunismus bezeichnet er als Deutschlands größte innere Gefahr.

Der Kanzler hat zum ersten Male den Schleier, der über den konkreten Internas der Europagegründe, die Staatsmänner geführt haben, gelegt wurde, gelüftet. Seine Äußerungen auf einer neuen Europa-Konferenz, die internationalen Preis für die gleichen Warenkategorien festzulegen, die industrielle und kommerzielle Konturrenz zu unterbinden, die zu hohen Zölle neu zu regeln, sind von ihm bereits bei seinen Gesprächen mit dem englischen, französischen und italienischen Regierungschef sehr eingehend erörtert und ihre Dringlichkeit verstanden worden. Man kann nur hoffen, daß nach der Genfer Zusage das deutsch-französische Gespräch, das in Paris so erfolgreich angebahnt werden konnte, mit etwas mehr Schwung fortgeführt wird. Deutschland wie Frankreich, Europa und die Welt sind auf Frieden und auf Zusammenfluß gegen die Not angewiesen.

### Bankaufsicht kommt.

Beratungen über eine Staatsaufsicht.  
Berlin, 15. August.

Der Wirtschaftsausschuß des Reichstags unter Beteiligung der Reichsbank wird in der nächsten Woche unter Hinzuziehung eines kleineren Kreises von Sachverständigen aus der deutschen Wirtschaft und Wissenschaft die Entscheidung der Fragen vorbereiten, die sich in Verfolg der von der Reichsregierung für die Danabank sowie für die Dresdener Bank ergriffenen Maßnahmen ergeben, einschließlich einer Aufsicht über das deutsche Bankensystem.

Das Reichsministerium hat Freitagabend zu einer Ministerbesprechung zusammengetreten, in der die bekannten Wirtschaftsprüfer weiter beraten wurden. Zu den Verhandlungen über den Schenkungsvertrag verlautet, daß es noch nicht bis zum Tag dauern wird, bis diese Vorlage vom Kabinett perabgegeben werden kann.

### Die Baseler Verhandlungen.

Neue Vorschläge des Stillhaltekonjunktiums.  
Basel, 15. August.

Die im internationalen Stillhaltekonjunktium vereinigten Bankiers haben sich über einen einheitlichen Vorschlag hinsichtlich der Bedingungen, unter denen eine Verlängerung der kurzfristigen Kredite an Deutschland bewilligt werden soll, geeinigt. Die Verhandlungen mit den deutschen Bankiers werden sofort aufgenommen.

### Verzögerung des französischen Besuchs.

Das Befinden Briands noch nicht zufriedenstellend.  
— Berlin, 15. August.

Wie aus Paris verlautet, wird der geplante französische Ministerbesuch wegen des noch nicht hinreichend gestiegenen Gesundheitszustandes von Briand nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, bereits in diesem Monat stattfinden, sondern erst im September.

Ueber die Vertagung des Berliner Besuchs hat der französische Ministerpräsident Laval ein mit dem deutschen Vorkanzler v. Hoefeld vereinbartes Kommuniqué der Presse übergeben, in dem darauf hingewiesen wird, daß der 26. und 27. August als Datum für die Berliner Reise vorgeschlagen gewesen sei.

### Die Verzögerung.

die über den Gesundheitszustand des Außenministers Briand befragt worden seien, hätten zwar mit der lebhaftesten Befriedigung die Fortschritte festgestellt, die jeder Tag zur vollständigen Wiederherstellung des Außenministers bringe. Sie hätten jedoch zum Ausdruck gebracht, daß sie ihm nicht vor seiner Abreise nach Genf eine Unterbrechung seiner für einen Monat anberaumten Kur gestatten könnten.

Da Ministerpräsident Laval und Vorkanzler Hoefeld darin übereinstimmen, daß eine Teilnahme Briands an dem Berliner Besuch unerlässlich sei, haben sie darüber einig, daß die Reise auf ein Datum verschoben wird, das so nahe wie möglich nach dem Ende der Völkerverbundstagung liegt.

In einem telefonischen Gespräch mit Reichskanzler Brüning hat Ministerpräsident Laval noch einmal sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß er sich nicht zu dem ursprünglich beabsichtigten Datum nach Berlin begeben könne. Er hob hervor, daß es sein schärfster Wunsch sei, die in Paris eingeleiteten Verhandlungen sobald als möglich fortzusetzen.

### Der Einbruch der Abgabe in Berlin.

In Berliner politischen Kreisen ist die Mitteilung, daß Laval und Briand zunächst noch nicht nach Berlin kommen können, mit lebhaftem Bedauern aufgenommen worden. Man hat natürlich Verständnis dafür, daß der Gesundheitszustand Briands die Reise noch nicht so schnell zuläßt, die bei dem hohen Alter des Außenministers natürlich nicht ohne Strapazen sein würde. Ausdrücklich wird betont, daß politische Gründe bei der Abgabe keine Rolle spielen.

### Die Verzögerung des Berliner Besuchs.

Franszösische Pressekommentare.

Die gefamte Morgenpresse veröffentlicht die Erklärungen des Ministerpräsidenten Laval über die Vertagung der Berliner Reise der französischen Minister unter besonderer Betonung der Gründe, die Briand veranlassen, um einen Aufschub zu erlangen. Auch über die telefonische Aussprache zwischen Brüning und Laval wird berichtet, und der herzliche Charakter dieser Aussprache von einer Anzahl Zeitungen hervorgehoben.

### Der offiziöse „Welt Pariser“

schreibt, man dürfe nicht vergessen, daß Reisen wie die von Paris nach Berlin keine Erholungsreisen seien. Die Verhandlungen, die zwischen zwei Ländern wie Deutschland und Frankreich geführt würden, gehörten nicht zu denen, die ohne eingehende Vorbereitung eingeleitet werden könnten. Um am 25. August nach Berlin zu reisen, hätte Briand wenigstens am 23. August zum Quai d'Orsay zurückkehren müssen. Würde durch diese frühere Rückkehr nicht die Gefahr entstehen, fragt das Blatt, die unbefriedigenden Ergebnisse der Kur in Frage stellen, einer Kur, die Briand, und der herzliche Charakter dieser Aussprache von einer Anzahl Zeitungen hervorgehoben.

### „Deuere“

meint, etwas spätere Unterhandlungen, die zweckentsprechend vorbereitet seien, seien besser, als liberale, aber rein formale Unterredungen. Dabei werde jeder auf seine Rechnung kommen.

### „Populaire“

äußert sich über die Gründe der Verzögerung skeptisch. Das Blatt fragt, ob der für die Verzögerung angeführte Grund einleuchtend sei? Man begreife kaum, daß der Außenminister die Strapazen einer Reise nach Berlin nicht ertragen könne, wenn er glaube, an der Völkerverbundstagung teilnehmen zu können, die doch zwei oder drei Wochen dauere.

Die Verzögerung der Reise Briands und Laval nach Berlin braucht keine Rechtfertigung der Lage zu bedeuten, da feste und konkrete Umänderungen weder vier Wochen früher noch später bei diesen Verhandlungen zu erwarten sind. Sie können nur die Einleitung für eine Reihe weiterer Verhandlungen bilden, die dann auf diplomatischem Wege, und zwar eben durch den neuen Vorkanzler zu führen wären. Man hat viel darin gefunden, ob für die Berliner Verhandlungen ein festes Programm aufgestellt werden soll, oder ob man eine Festlegung auf bestimmte Verhandlungspunkte vermeiden wird. In und für sich ergibt sich die Richtung eines deutsch-französischen Meinungsaustausches eigentlich aus der Situation selbst, so daß es recht überflüssig erscheinen würde, ein Programm aufzustellen. Man kann in Berlin ein derartiges zweigleisiges Gespräch nicht betreiben, als die Probleme behandeln, die im Laufe der Jahre zwischen Berlin und Paris entstanden sind, man kann nur klären, mit welchen Mitteln die beiderseitigen Regierungschefs die für die Gesamtpolitik ihrer Länder verantwortliche sind, eine Annäherung in der nächsten

Zeit vorziehen wollen. Es würde diesem Prinzip des direkten Gedankenaustausches nicht entsprechen, wenn man, wie manche französischen Blätter immer wieder anführen, solche Staatsfragen, wie etwa die deutsch-französischen Zollunion oder ähnliches jetzt behandeln müßte. Die deutsch-französischen Zollunion ist auf dem Weg einer juristischen Behandlung vom Völkerverbundrat vertrieben worden, und es ist selbstverständlich, daß diese juristische Klärung zunächst einmal erfolgen muß. Soweit dieses Thema nach der Entscheidung des Internationalen Schiedsgerichts überhaupt noch der Erörterung bedarf, kann sie in Genf stattfinden. Man ist bei dem deutschen Besuch in Paris einmütig zu verfahren, daß man sich gegenseitig die Wünsche und die Möglichkeiten erzählt hat, die im eigenen Lande erwogen werden. Man hat dabei dem Partner nicht auf jede Frage Antwort gegeben, sondern ihn zunächst nur angehört, um sich dann im eigenen Kreise ein Bild der weiteren Entwicklungsetappe zu machen. Das gleiche Verfahren wird nun wohl auch in Berlin angewandt werden müssen, wobei man den Vorteil hat, daß inzwischen diese Klärung der eigenen Wünsche weiter gediehen ist. Der französische Ministerpräsident wird Gelegenheit gehabt haben, die Gedankengänge, die ihm von deutscher Seite übermittelt worden sind, mit maßgebenden französischen Politikern durchzuprüfen, ebenso wie man in Berlin unter den maßgebenden Persönlichkeiten eine innere Klärung herbeigeführt hat. Ebenfalls muß das eine immer wieder festgestellt werden, daß im Mittelpunkt der Berliner Aussprache nicht etwa konkrete Finanzfragen stehen werden. Nach den Pariser und Londoner Besprechungen stand bereits fest, daß Deutschland in der Uebergangszeit zunächst mit eigenen Mitteln auskommen muß, und daran hat sich inzwischen nichts geändert. Die deutsche Sanierungsarbeit muß allen internationalen Verhandlungen, soweit sie sich nicht auf die Sicherung der noch vorhandenen Kredite beziehen, vorangehen. Im Mittelpunkt der Berliner Beratungen wird also die Politik stehen und die Finanzpolitik kann nur als ein Nebengebiet der großen politischen Fragen gelten, über die man eine Verständigung herbeiführen will.

### Konkrete Spuren in Jüterbog.

Die weiteren Ermittlungsergebnisse zum Jüterbog Eisenbahnanschlag. — Bestimmte Spuren gefunden.  
Jüterbog, 15. August.

Die Untersuchungskommission für das Jüterbog Attentat bearbeitet gegenwärtig einige ganz konkrete Spuren. Am Interesse der kriminalpolitischen Tätigkeit der Kommission wird jedoch im Augenblick noch nichts Näheres gelagt.

Nach Ansicht der Kommission stellt sich, daß es sich bei Jüterbog nicht um ein politisches Attentat handelt, wenigstens in bezug auf bestimmte politische Persönlichkeiten. Die Arbeiten zur Ermittlung des für das Attentat benutzten Sprengstoffes sind noch nicht abgeschlossen. Es dürfte jedoch kein Zweifel bestehen, daß es sich bei dem Anschlag um einen ziemlich frischen Sprengstoff handelt, und es wird angenommen, daß der Sprengstoff irgendwo gestohlen worden ist.

### Der Verdacht verstärkt sich.

Der Kommunisten die Mörder der Polizeioffiziere?  
Berlin, 15. August.

Wie von der Polizei mitgeteilt wird, befinden sich jetzt wegen der Ausschreitungen auf dem Bülowplatz insgesamt 28 Personen in Haft. In der Hauptphase handele es sich um die Kreise, aus denen in verschiedenen Stadtteilen die Morddrohungen gegen die Polizei laut geworden sind. Die Mitteilung, daß sich unter diesen Teilnehmerinnen ein Ausländer und zwar ein Russe, befindet, der die Überfälle auf die Polizei organisiert habe, wird von der Polizei bestritten. Es wird jetzt unterucht, ob zwischen den Urhebern der Morddrohungen mit den eigentlichen Mördern vom Bülowplatz eine Verbindung besteht.

Von den Verdächtigten sind vier besonders verdächtig, an der Ermordung der Polizeihauptleute Anlauf und Lent beteiligt gewesen zu sein. Allerdings bedarf es noch umfassender weiterer Ermittlungen, um den Verdacht gegen diese vier, die die Tat hartnäckig leugnen, zu beweisen.

### Polen und die Minderheiten.

Englische Stimme zur Vergewaltigung des Deutschen.  
London, 16. August. „Manchester Guardian“ bringt einen Artikel seines Spezial-Korrespondenten, der erst



Zur Höher  
Roman von Elisabeth Borchardt

86. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Sie hat jetzt ganz nahe herangetreten. Können Sie mir nicht sagen, ob man zum Kloster hinaufgehen darf?“ fragte sie, froh, einen Anknüpfungspunkt gefunden zu haben.

„Je gangen's nur,“ war die kurze, nicht besonders freundliche Antwort.

„Sind Sie vielleicht Herr Dominik Steiner?“ ging Sie jetzt gerade auf ihr Ziel los.

„Ja,“ antwortete der Bauer und hob ein wenig verwundert den Kopf.

„Man hat mir von Ihnen erzählt. Sie sollen eine große Semerei in Morbach besitzen.“

„Das stimmt, und ich werde Sie durch die ganze Welt,“ antwortete er voll Stolz.

„Ich möchte wohl gern solche große Semerei kennen lernen. Wer verliert denn droben auf der Alm Ihre Semer?“

„Mei Tochter, mei Schwelster und der Semmer.“

„So werde ich nächstens hinaufgehen. Ich interessiere mich für Bienen und Kühe, und Sie werden mir viel zu erzählen haben.“

„Sie hatte sich während ihrer letzten Worte ohne weiteres auf der Bank vor der Säusir in Seiners unmittelbarer Nähe niederlassen, als beachtliche sie, ihm noch ein Weilschen Giebelglocke zu leihen.“

Der Bauer sah sie darob ganz erstaunt an.

„Was fällt denn die ein?“ sagte kein Bild. Raum aber hatte er ihr Gefühl, das der Semerei gehörte, und das sie sich jetzt noch niederen Sie aus frei zu ihm aufböh, gesehen, als ihm ein Hebräischglockenlaut entzück.

„Sutra — die ich aber bildlicher,“ dachte er bei sich, und ließ gab er seinem tiefinneren Gedanken Ausdruck.

„So — so — für Butter und Käse — Sie sind nicht interessiere — so — so — so — Sie sind nicht weit von hier.“

„Ja — aus Berlin.“

„Aus Berlin — o — o — wie lang sind's denn g'reist hierher?“

„Zwei Tage.“

„Für zwei Tag?“

„Ja — heutzutage geht es schnell.“

„So, so man steht's an der Gottfarbdaan — die lauft's ja dahin, aber habe Sie — er mit in Berlin — a jone Berg — wie hier?“

Dominik Steiner war ganz aufgetaut.

„Nein,“ erwiderte Sie amüsiert, „hätten wir die, würden wir vielleicht nicht in Ihr schönes Land kommen.“

„Was? Koane Berg?“ Aber wie könne Sie lebe ohne Berg?“

Sie unterdrückte nur lächerlich ein belustigtes Aufschauen.

„Das kommt auf die Gewohnheit an, Herr Steiner. Nicht jedes Land ist in dieser Hinsicht so bevorzugt, wie die Schweiz, aber unser deutsches Land hat auch seine Reize und Schönheiten.“

„So loan mir's nit bene — ohne Berg.“

Wir haben in manden Gegenden auch Berge, wenn auch nicht so hohe, wie hier. — Doch sagen Sie, Herr Steiner, haben Sie nur das eine Kind, oder denn Sie vorhin sprachen und das droben auf der Semer?“

„So, nur das eine.“ Der Vaterlos verlor plötzlich sein Gesicht, ein bildlicher Dorn ließ sich, oder — aber — man hat a tei Kummer mit ihr.“

„O, warum denn?“ fragte Sie teilnehmend und innerlich frohlockend, daß sie den Alten endlich so weit hatte.

„Das ist a lange G'schicht,“ erwiderte Steiner und trugte sich den Kopf. Nach einigem Überlegen begann er dann umständlich zu erzählen, daß sein Köbel den reichen Kaiserburger heiraten sollt, aber einen armen Schiffmann im Kopf habe und von dem Bue nicht lassen wollte, was er, der Vater, auch alles verlorlt habe, sie von ihm zu trennen.

„Aber lo waßt I der Dominik Steiner bin,“ sagte er nachdrücklich hinzu, „darum wird nit.“

„Sie werden Ihrem einzigen Kinde doch kein lo hartet Vater sein!“

„Hart? Nicht das hart, wenn i nur der Dirm ihr Beides will? — Soll i denn zukaue, wie mein Haus und Geld von einem verlan werde? — Tüt dem Hungerleider freit passe, i in de reiche Hof neimeße — aber, do häit i 'vor noch a Reicht mit' rede.“

Der Bauer war ganz aufgeregt und Sie beobachtete ihn eine Weile stumm.

„Wenn die Köbel ich aber doch nun einmal lieb hat?“ sagte sie dann.

„Lieb hot? — Liebe — was versteht denn lo a Rinds-topf davon? Die muß sie füge in der Eltern Will.“

„Nehmen Sie mir meine offenen Worte nicht übel.“

„Ein heller Schein leuchtete in ihren Augen, lo daß Steiner den Blick nicht von ihr lassen konnte.“

„Ich will Sie auch nicht beschließen,“ fuhr sie fort, „was geht es schließlich mich, die Fremde, an, ob Ihr Köbel unglücklich wird oder nicht? — Nur — wenn Sie selbst sich nachher nur keine Bormirre machen werden, wenn — es so löst ist.“

„In häit?“ Der Bauer fuhr ordentlich in die Höhe.

„In häit?“ sprach Sie unentwegt weiter, „dann nicht keine Reue mehr, das Bild des einzigen Kindes ist denn gerührt für immer — doch, nichts für ungut, Herr Steiner, ich habe mich geirret. Sie kennen zu lernen und danke auch noch einmal für die freundliche Auskunft. Also zum Kloster Inghausen darf wohl jetzt gehen?“ — Schön — Nun Wiedersehen!“

„Sie wachte ihm freundlich die Hand Steiner gab sie mechanisch, wie von einer höheren Macht gezwungen. Er brachte tief Wort heraus, solange er im Banne dieses klaren, forschenden Mädchenauges stand.“

Sobald Sie sich jedoch gewandt hatte und einige Schritte weitergegangen war, suchte es in seinem hartnäckigen Gesicht sich.

„Satirisch's Teufelsweib!“ triebte er hallblaut zwischen den Zähnen, „was wollt's bei mir? — Wi bi Spill heit, made mit ihre, „In häit?“ — daß die der — nei, zu löst?“

„Aber lo waßt I der Dominik Steiner bin,“ sagte er nachdrücklich hinzu, „darum wird nit.“

„Sie werden Ihrem einzigen Kinde doch kein lo hartet Vater sein!“

„Aber lo waßt I der Dominik Steiner bin,“ sagte er nachdrücklich hinzu, „darum wird nit.“

„Sie werden Ihrem einzigen Kinde doch kein lo hartet Vater sein!“

„Aber lo waßt I der Dominik Steiner bin,“ sagte er nachdrücklich hinzu, „darum wird nit.“

„Sie werden Ihrem einzigen Kinde doch kein lo hartet Vater sein!“





# Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheinung wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Mittleres Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abnehmer 1,35 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,55 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise 40 Pfg., Ausnahmestellen 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschilderter oder durch Fernsprecher aufgebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagensgebühr: 10.— Mtl. das Laubend, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 97

Dienstag, den 18. August 1931

33. Jahrg

Der Schüler Franz Büniger in Kemberg beabsichtigt, außerhalb der im Zusammenhange gebauten Stadt Kemberg, und zwar am Wege von Kemberg nach Vergau auf dem Grundstück Kartenblatt 3, Parzelle Nr. 84, ein Einfamilienwohnhaus zu errichten und hat die nach § 13 des Gesetzes vom 10. August 1904 erforderliche

## Anfielungsgenehmigung

beantragt. Diesen Antrag bringen wir mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß hiergegen von den Eigentümern, Nutzungen, Gebrauchsberechtigten und Nachbarn der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Auschlussfrist von 21 Tagen beim Kreisaußschuß in Wittenberg Einpruch erhoben werden kann. Der Einpruch ist durch Tatsachen zu begründen, die die Annahme rechtfertigen, daß die Anfielung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Fortwirtschaf, aus dem Gartenbau, der Jagd oder Fischerei gefährden werde.

Kemberg, den 17. August 1931.

Der Magistrat.

113

## Wo liegt des Uebels Grund?

Wo liegen die Gründe der gegenwärtigen Krise? Bisher herrschte in weiten Kreisen der Öffentlichkeit die Meinung, daß der Anstieg der Wirtschaftskrise aus der Nationalisierung herrühre, die die Möglichkeit vergrößerter Produktion geschaffen habe, ohne daß sich die Warenpreise mit der notwendigen Elastizität vermindert hätten. So sei ein Warenüberfluß und demzufolge eine Abfallproduktion, eben die Krise entstanden. Diese weitverbreitete Meinung wird von dem *Journal of Applied Economics* mit besonderem Nachdruck aufgenommen und insbesondere nimmt die sozialistische Presse Veranlassung, energig gegen die Privatwirtschaft vorzugehen und ihr Fehlfunktionen vorzuwerfen. Es ist demgegenüber von ganz besonderem Interesse, daß das Reichsanwaltliche Institut für Konjunkturforschung in einem Sonderheft außerordentlich schwerwiegende und ihrer Neuartigkeit wegen beinahe sensationelle Feststellungen über die Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise veröffentlicht, Feststellungen, mit denen sich offensichtlich die Öffentlichkeit ausgiebig beschäftigen wird.

Das Institut für Konjunkturforschung weist die oben behauptete Auffassung, daß die Nationalisierung in erster Linie an der Krise Schuld trage, mit aller Entschiedenheit zurück. An der Hand einer ausführlichen Statistik legt es dar, daß in den Jahren 1924 bis 1928 insgesamt 42 Milliarden der deutschen Wirtschaft investiert worden sind, für Lagerbau, Vergrößerung der Anlagen und für Zwecke der Nationalisierung. Es ist besonders bemerkenswert, in dieser reichhaltigen Statistik das Zuständnis zu erhalten, daß beim wesentlichen Teil dieser Investitionen, bei der Vergrößerung der Anlagen die Privatwirtschaft nur mit 30 Prozent, die öffentliche Wirtschaft aber mit 70 Prozent beteiligt gewesen ist. Die Krise ist praktisch dadurch hervorgerufen worden, daß nur diese 42 Milliarden, die in den Jahren 1928 bis 1930 durch je 10 bis 12 Milliarden ergänzt worden sind, nicht aus eigenen Mitteln aufbringen konnten, sondern für ein Drittel dieser Summe ausländische Kredite, zum Teil kurzfristigen Art, in Anspruch nehmen mußten. Wären wir jetzt zurück, so würden wir zugeben müssen, daß bei vorrätiger Wirtschaftspolitik jener Teil der Reinvestitionen, der nur durch den verhängnisvollen Auslandspumpe aufgebracht werden konnte, vermeidbar gewesen wäre. Wir hätten dann nicht nur eine private Zinslast von mehr als 2 Milliarden jährlich jollat, die wir bekanntlich außer den Reparationen an das Ausland zahlen müssen, sondern wir hätten auch niemals in die jetzige Katastrophe gelangen können, die ja fast ausschließlich auf die Schwierigkeiten der kurzfristigen Auslandsverhandlungen zurückzuführen ist. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß die Hauptschuld an dieser Investitionsnot die öffentliche Wirtschaft trägt, die in den letzten Jahren mit verhängnisvollem Optimismus aus dem vollen Säckel des überfließenden internationalen Kapitalmarktes heraus die Anleihen genommen hat. Und hier sind es vor allem die großen Gemeinden, die den Hauptanteil der Schuld tragen. Wären für die Fehler, die gemacht worden sind, müssen selber die Kräfte der Armen, nämlich die Wohlfahrtsvereine.

Schmerzlich ist es, wenn diesen unaufrichtbaren Tatsachen gegenüber die Behauptung aufgestellt wird, daß alle Mißerfolge in der Reinvestition der öffentlichen Wirtschaft, gemessen an den Vorzügen der Privatwirtschaft verschwindend gering sind. So bedauerlich die Vorgänge bei Nordwolle sind, so schmerzlich der Zusammenbruch der Danabank sein mag, so geht es doch nicht an, aus diesen vereinzelten Erscheinungen allgemeine Schlüsse zu ziehen. Aber gerade bei den bedauerlichsten wirtschaftlichen Katastrophen der letzten Zeit ist die Privatwirtschaft in keiner Weise beteiligt. Wo könnte man z. B. bei den Schwierigkeiten der Danabank der Rheinprovinz, die mit ihren übermäßig erteilten Kommunalanleihen eingetroffen ist, irgendeinen Zusammenhang mit der Privatwirtschaft

herstellen? Ebenso unmöglich ist es, die Zahlungsschwierigkeiten der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, in der die Verkehrsbetriebe der Stadt Berlin zusammengefaßt sind, der Privatwirtschaft zur Last legen. Dieser Illiquiditätsfall ist für die von der öffentlichen Hand betriebene Politik besonders kennzeichnend. Durch übermäßige und vor allem unrentable Bauten ist die Berliner Verkehrs-Gesellschaft am 15. Juli außerstande gewesen, den an diesem Tage fälligen kurzfristigen Kredit in Höhe von 167 Millionen Reichsmark dem von der Danabank geführten Konjunkturmärkten zurückzahlen. Da die Umwandlung vieler Verbindlichkeiten in eine langfristige Anleihe als gelöst ist, wird sich dieses öffentliche Verkehrsunternehmen der Gläubigerkontrolle unterwerfen und ein bestimmtes Abzahlungsprogramm auf sich nehmen müssen. Da aber die hierfür fälligen Beträge aus dem laufenden Betrieb der VVG keinesfalls herausgewirtschaftet werden können und eine weitere Erhöhung der bereits überpannten Tarife unmöglich ist, wird der Stadt Berlin wohl nichts anderes übrig bleiben, als diese Raten mehr oder weniger aus eigener Tasche zu bezahlen, d. h. der Gesamtheit der Steuerzahler aufzubürden. Hier, wie bei der Danabank der Rheinprovinz hat der ungeduldige Optimismus der Gemeinden eine Schuldensituation hervorgerufen, die in aller erster Linie die gegenwärtigen Finanzverhältnisse hervorgerufen hat. Aus dem aufgeblähten kommunalpolitischen Apparat mit seinem ständig erweiterten Aufgabenkreis, dessen Finanzierung heute unmöglich geworden ist, sind zweifellos noch erhebliche Wirtschaftsschwierigkeiten zu erwarten.

Es ist nach alledem klar, wo die Wege der Rettung in unserer gegenwärtigen nicht leichten Lage zu suchen sind. Sie liegen nicht in einer öffentlichen Kapitalkontrolle, sondern sie liegen lediglich in einer systematischen Einschränkung der öffentlichen Ausgaben und der öffentlichen Ausgaben. Nur auf diesem Wege können die Erparnisse gemacht werden, die notwendig sind, um die Krise zu überwinden.

## Die allgemeine Finanzmiser.

Die Reichsregierung vor der Deutschen Staatspartei.

Auf einer Tagung der Deutschen Staatspartei nahm Reichsfinanzminister Dietrich als Vortragsführer das Wort, um in nahezu zweistündiger Rede einen großen Ueberblick über die Ereignisse der letzten Wochen und Monate zu geben. Er behandelte die Entwicklung der Reparationsfrage, die Krise im Bankwesen und die Finanzmiser, in die das Reich, mehr noch aber die Länder und Gemeinden, gekommen ist. In der Reparationsfrage ist die Reichsregierung von vornherein entschlossen gewesen, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Ein solcher Entschluß hat bereits vor der Unterredung in Chequers bestanden, und zwar handelte es sich damals noch darum, die Bestimmungen auf Grund des Young-Planes auszuführen. Gleichzeitig aber mußte es das Bestreben sein, fremde Gegenmaßnahmen zu vermeiden. Die weitere Entwicklung hat alsdann dazu geführt, daß nicht die Schuldner die Initiative zu ergreifen brauchten, sondern daß die Gläubiger die Lage erkannten. So entstand der Plan Hoover's, und durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls ist auch noch außen und formell sichtbar zum Ausdruck gebracht worden, daß Deutschland in diesem Jahre mit Reparationen

den und 1931 6,1 Milliarden betragen, um rund 550 Millionen herunterzuschrauben können, obwohl gleichzeitig die Reichsausgaben für die Arbeitslosen um 840 Millionen gesteigert wurden. Wenn die Länder und Gemeinden die Einfielung der Beamten und Angestellten entsprechend dem Reich vorgenommen hätten, so würde eine wesentliche Erleichterung schon eingetreten sein. Wenn die lokalen Ausgaben nicht seit 1928 in der angegebenen Weise gestiegen wären, dann hätte das Reich keine Ausgaben über 20 Prozent verliert.

Wenn die Gemeinden ihre Ausgaben um 10 Prozent abgehangen hätten, dann wäre in vielen Gemeinden das Defizit beseitigt worden.

Wenn jetzt eine Reichshilfe für die Gemeinden verlangt würde, so sei eine Erklärung dazu im gegenwärtigen Augenblick sehr schwierig, weil wir noch unter den Nachwirkungen der Geldkrise stehen und nicht wissen, wie sich die Steuerertritte in den nächsten Monaten entwickeln werden. Anfolge der Erparnisse der Reparationen wird es aber vielleicht möglich sein, den Gemeinden, die eine besonders schwere Last durch die Wohlfahrtsvereine zu tragen hätten, zu helfen.

Reichsfinanzminister Dietrich schloß seine Ausführungen mit der Betrachtung der gegenwärtigen immopolitischen Lage. Die Rede fand lebhaften und einmütigen Beifall der Versammlung.

Nach dem Reichsfinanzminister Dietrich schilderte der preußische Finanzminister Höpfer-Wischoff am preußischen Beispiel die Lage der Länder.

## Die Erleichterung der Erntebewegung.

Weizenerport gegen Ausfuhrsteine. — Magazinierung von Roggen.

Aus den für die vom Reichsamt beschlossenen Maßnahmen zur Bewegung und Finanzierung der Getreideernte Ausführungsbedingungen bevor, aus denen folgendes hervorgeht:

Zur Förderung der Bewegung der Weizen ernte wird der Export bis zum 31. Dezember d. J. gegen Erteilung von Ausfuhrsteinen ermöglicht, die zum Reimpart zu einem Zollfuß von zwei Reichsmark je Doppelzentner berechnen. Die zur Ingangsetzung des Ausfuhrsteines notwendige Zifferlegung der Vermarktungsquote auf 97 Proz. ist für das ganze Jahr festgelegt.

Dabei ist vorgehen, daß Austauschweizen bis zu 27 Prozent im Rahmen dieser Vermarktungsquote verwendet werden kann. Den an der Verwendung von Austauschweizen interessierten Mäßen ist somit bis zum 31. Dezember 1931 die Möglichkeit gegeben, durch den Export der entsprechenden Menge Inlandsweizen sich Ausfuhrsteine in dem gewünschten Umfang zu beschaffen.

Da eine anderweitige Verbringung mit Auslandsweizen nicht zugelassen ist, wird die Regelung des Austauschgeschäfts und der Vermarktungsquote den im Interesse der Erntebewegung notwendigen Anreiz zur rationellsten Entlastung des inländischen Weizenmarktes durch Ausfuhr zu schaffen. Die Neuregelung des Vermarktungsmannes tritt am 16. August, die Ausfuhrregelung mit Rückfrist auf die technischen Durchführungsbedingungen am 24. August in Kraft.

Bei den Sondermaßnahmen für die Bewegung der Weizen ernte steht die staatliche Magazinierung einiger hunderttausend Tonnen Roggen im Vordergrund. Die hierfür notwendigen finanziellen Voraussetzungen sind durch Übernahme einer entsprechenden Reichsgarantie und in Verhandlungen mit den Banken geschaffen.

## Europas Zukunft.

Brüning verlangt Preis- und Laubau.

London, 16. August.

Reichsfinanzminister Brüning gehörte dem englischen Journalisten Ward Price eine Unterredung, in der er sich über die Entwicklung Europas wie folgt äußerte:

Die Nationen Europas müssen ihre Kräfte vereinen, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen. Ich schlage dringend vor, daß die verantwortlichen Staatsmänner Europas sobald wie möglich zusammenkommen, um die Zifferlegung internationaler Preise für Güter derselben Qualität und die Ausmerzung falscher Wettbewerbs-industrieller und kommerzieller Konkurrenz zu erörtern.

Schließlich würde ich gerne internationale Besprechungen zur Regulierung der hohen Zölle setzen, und ich freue mich sagen zu können, daß dies nicht nur ein frommer Wunsch ist. Ich habe bereits private Besprechungen über derartige Dinge mit dem Premierminister von Großbritannien und Italien gehabt. Ich kann inbezug darüber nicht mehr sagen, bis ich eine Gelegenheit gehabt habe, dieselben Angelegenheiten mit dem französischen Premierminister zu besprechen.

Von überragender Notwendigkeit ist es, daß die Nationen Europas an den Frieden für viele, viele Jahre glauben.

Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung jedes westeuropä-

